

Entschließungsantrag

gemäß §55 GOG-NR

der Abgeordneten Mag.^a Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid
Genossinnen und Genossen

betreffend Gesamtpaket zur Integration statt Symbolpolitik

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 495/A der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz, Karl Nehammer, MSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (612 d.B.) (TOP 5)

Mit dem Kopftuchverbot setzt die Bundesregierung eine Einzelmaßnahme, die den komplexen Herausforderungen an Österreichs Schulen nicht gerecht wird und bei der die Gefahr besteht, dass sie – da sie nur an eine einzige Religionszugehörigkeit gerichtet ist – zu einer Stigmatisierung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe beiträgt. Anstatt faktenbasierte Politik zu betreiben und Expertinnen und Experten in den Entstehungsprozess von Gesetzesvorhaben einzubeziehen, setzt die aktuelle Bundesregierung auf Symbolpolitik. Anstatt sich im Detail mit Problemlagen in Österreichs Schulen auseinanderzusetzen, wird Angstmake betrieben und kaum ein realer Beitrag zur Verbesserung der Situation geleistet.

Um sicherzustellen, dass Schulen in Österreich jedes Kind und jeden Jugendlichen optimal entlang seiner Talente und Potenziale – unabhängig von Einkommen oder Bildungsstand der Eltern – fördern, braucht es ein umfassendes Gesamtpaket zur Intensivierung der Integrationsbemühungen an Schulen. Auch Kindern mit einer anderen Muttersprache als Deutsch müssen optimale Chancen geboten werden. Etwas mehr als ein Viertel der Schülerinnen und Schüler in Österreich hatte im Schuljahr 2016/17 eine nicht-deutsche Umgangssprache. Dies stellt einen Anknüpfungspunkt von mehreren dar. Bildungschancen sind der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, ein positiv gestaltetes Aufwachsen und für ein Vorwärts in unserer Gesellschaft. Dieser Zugang umfasst alle Kinder und Jugendlichen, die in Österreich leben.

Dem Kopftuchverbot als Einzelmaßnahme stehen IntegrationsexpertInnen skeptisch gegenüber. Kenan Güngör, Soziologe an der Universität Wien und Mitglied des Expertenrates für Integration, den Sebastian Kurz in der Zeit als zuständiger Staatssekretär gründete, stellte beispielsweise fest: *„Es ist keine grundlegende Lösung. Wir haben viele Herausforderungen, aber die Regierung verschärft die Probleme anstatt sie zu lösen. Sie kocht häppchenweise Themen auf, um eine Gruppe als problematisch darzustellen. Selbst bei längst integrierten Muslimen entsteht der Eindruck: ‚Sie reden über das Kopftuch, aber sie meinen uns.‘ Wir laufen Gefahr, Menschen, die schon lange Teil dieser Gesellschaft sind, zu verlieren. Die*

Regierung spielt mit einem hohen Risiko an gesellschaftlicher Polarisierung. Wir müssen die Probleme angehen, aber wir müssen sie redlich angehen.“

(Oberösterreichische Nachrichten, 23.11.2018) Auch der ÖVP-nahe Lehrgewerkschafter Paul Kimberger äußerte sich ähnlich: *„Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Konsens. Dafür ist ein breiter Diskurs mit Experten notwendig. Das jetzt einfach zu beschließen, halte ich für falsch.“* (Tiroler Tageszeitung, 23.11.2018)

Österreichs Schülerinnen und Schüler haben sich mehr als reine Symbolpolitik verdient, zum Beispiel mehr Mittel für Integration an Schulen. Aber gerade hier hat die Bundesregierung massiv gekürzt und LehrerInnen für die Sprachförderung, IntegrationspädagogInnen und SozialarbeiterInnen gestrichen. Wir brauchen eine breite Debatte über bessere Integrationsmaßnahmen, Chancengerechtigkeit und wie der Kampf gegen Diskriminierung von Mädchen am besten geführt werden kann. Wir wollen eine zeitgemäße Lehr- und Lernorganisation und keine Retropolitik. Und allen voran bedarf es mehr LehrerInnen und Unterstützungspersonal. Zusammengefasst: Es braucht dringend umfassende Reformschritte, die die Situation für Schülerinnen und Schüler – auch jene für Kinder ohne Migrationshintergrund, auf die in der Debatte zu oft vergessen wird – LehrerInnen und Eltern verbessern.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Gesamtpaket für bessere Integration sowie für mehr Gleichstellung und bessere Chancen für Mädchen als Regierungsvorlage dem Nationalrat zu übermitteln. Dieser Gesetzesentwurf soll gemeinsam mit ExpertInnen des Integrationsrates, der neu eingerichteten Ombudsstelle für Kulturfragen, den Parlamentsfraktionen, VerfassungsexpertInnen und VertreterInnen der LehrerInnengewerkschaft und der SchülerInnenvertretung ausgearbeitet werden. Der Fokus dieser Regierungsvorlage soll vor allem auf Maßnahmen für Schulen mit besonderen Herausforderungen liegen. Insbesondere betrifft dies die Anstellung von mehr LehrerInnen und Unterstützungspersonal an Volksschulen. Auch die Streichung der Mittel für den Integrationstopf soll umgehend von der Bundesregierung zurückgenommen werden, um für bessere Sprachförderung und Integration an Schulen zu sorgen. Hierfür wird die Bundesregierung aufgefordert, eine entsprechende Novelle des BFG 2019 sowie BFRG 2019-2022 vorzubereiten.“

